

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8036/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Horst Niggemeier MdB
zu den Konsequenzen
aus dem Golfkrieg für
die Völkergemein-
schaft: Die UNO
braucht ein
kriegsverhinderndes
Gewaltmonopol.

Seite 1

Margitta Terborg MdB
zur Renaissance der
Sozialdemokratie in
dem Balkanland: Eine
Hoffnung für Bulgarien.

Seite 2

Uta Zapf MdB zur
Notwendigkeit der
Entsendung einer
Parlamentarier-
Delegation: Massaker
an Kurden in der Tür-
kei.

Seite 3

Dokumentation:

Die stellvertretende
SPD-Partei- und Frak-
tionsvorsitzende Dr.
Herta Däubler-Gmelin
bilanzierte vor der
Bundespressekon-
ferenz die ersten
hundert Tage der Kohl-
Regierung. Wortlaut

Seite 4

46. Jahrgang / 60

27. März 1991

Die UNO braucht ein kriegsverhinderndes Gewaltmonopol

Zu den Konsequenzen aus dem Golfkrieg für die
Völkergemeinschaft

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verteidigung

Niemand wird dem widersprechen: Der Krieg ist kein Mittel der Politik. Deshalb verdienen alle kriegsverhindernden Maßnahmen uneingeschränkte Unterstützung. Friedensstiftende Politik ist das unumstößliche Prinzip, dem sich die Internationale Völkergemeinschaft in der UNO verpflichtet hat; darin eingeschlossen ist auch die Beachtung der Menschenrechte.

Diese hehren Prinzipien sind in vielen nationalen und internationalen Dokumenten nachlesbar zu Papier gebracht. Doch ihre internationale Verbindlichkeit wird da zur wirkungslosen Leerformel, wo das ebenfalls niedergeschriebene Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates reklamiert wird.

Was ist die Antwort darauf, wenn sich ein Staat entgegen den Regeln des Völkerrechts und der UN-Charta dennoch für den Krieg als Mittel der Politik und für die Mißachtung der Menschenrechte entscheidet?! Iraks Diktator Saddam Hussein hat das so für sich und sein leidgeprüftes Volk entschieden. Weder brennende Kerzen im Deutschen Bundestag, weiße Tücher an den Fenstern von Abgeordnetenbüros noch 12 einstimmige Resolutionen des UN-Sicherheitsrates vermochten Saddam Hussein zu einer friedensstiftenden Politik veranlassen. Im Gegenteil. Seine kriegslüsterne Politik hat die Golfregion in ein noch nicht zu ermessendes Chaos gestürzt. Seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit reichen vom blutigen Terror gegen die kuwaitische Bevölkerung über die Mißachtung der UN-Resolutionen und den dadurch ausgelösten Gegenangriff der alliierten Streitkräfte bis hin zu dem Umwelt-Terrorismus durch die angezündeten Ölquellen. Und diese Verbrechen werden von dem irakischen Diktator nun fortgesetzt, indem er im eigenen Land durch einen blutigen Kampf gegen die eigene Bevölkerung seine Haut zu retten versucht.

Wenn nicht alles täuscht, wird die übrige Welt tatenlos zusehen - zusehen müssen!? - wie Saddam Hussein sein eigenes Volk abschlachtet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Primärfarber-Übersatz
mit verbleibtem Rohmaterial
Kreuzung-Papier



Das ist die grausame Realität und auch und gerade pazifistisch inspiriertes Drumherum wird diesen Tatbestand nicht aus der Welt schaffen können.

Die konfliktfreie Welt ist noch nicht erfunden. Um jedoch Konfliktzuspitzungen bis hin zum Krieg zu vermeiden helfen, bedarf es einer mit hinreichender militärischer Abschreckungsfähigkeit ausgestatteten UNO. Daß Appelle, Vermittlungsbemühungen und UN-Resolutionen allein nicht ausreichen, um kriegsrische Konflikte zu vermeiden, hat Saddam Hussein's Verhalten bewiesen.

Wenn es denn in Zukunft gelingen soll, solche dramatischen Vorgänge wie die in der Golfregion zu verhindern, wird die internationale Völkergemeinschaft nicht daran vorbeikommen, die UNO mit einem angemessenen und kriegsverhindernden Gewaltmonopol auszustatten. Wer den Weltfrieden sichern will, wird sich an die konkrete Ausformung des Kapitels VII ("Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen") der UN-Charta heranwagen müssen. Halbherzige Zögerlichkeit in dieser Frage - wie zum Beispiel die vom SPD-Vorstand dem Parteitag Ende Mai vorgeschlagene Begrenzung einer deutschen Beteiligung an "Blauhelme"-Missionen der UNO - wird nur jene Kräfte ermuntern, die mit dem Frieden auf Kriegsfuß stehen.

Die Chancen für die friedensstiftende Wirkung eines solchen Gewaltmonopols der Vereinten Nationen sind ungleich größer als der ehrenwerte Versuch, sich eine Welt zu malen, in der ein für allemal auf Gewaltanwendung verzichtet wird, weil richtigerweise der Krieg kein Mittel der Politik sein darf.

(-/27. März 1991/rs/tr)

Eine Hoffnung für Bulgarien Zur Renaissance der Sozialdemokratie in dem Balkanland

Von Margitta Terborg MdB

Stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion

2.000 Delegierte und Gäste der Sozialdemokratischen Partei Bulgariens trafen sich vom Samstag bis Montag im Kulturpalast von Sofia, um ihren 36. Parteitag zu begehen. Dazwischen lagen 45 Jahre kommunistischer Terrorherrschaft, und viele der Delegierten hatten Tränen in den Augen, als sie sich nach so vielen Jahren der Verfolgung und des Lebens in bulgarischen Gefängnissen wiedersahen. Allen voran der Ehrevorsitzende, der 87jährige Dr. Atanas Moskow, der es sich nicht nehmen ließ, den Parteitag von der ersten bis zur letzten Stunde zu verfolgen.

Noch sind es die alten Männer des Widerstandes, die die wiedererstandene Partei führen. Unumstrittener Leader: Dr. Peter Dertliev, der diesem Kongreß seinen Stempel aufdrückte. Aber Bulgariens Sozialdemokratie ist auch eine junge Partei. Nach einer repräsentativen Umfrage waren 29 Prozent der Delegierten zwischen 21 und 35 Jahre alt, 41 Prozent 36-40, 41 bis 60 Jahre waren elf Prozent der Delegierten und 14 Prozent waren über 60, also sozusagen die Helden des Widerstandes in Bulgariens Schiwkow-Ära.

Die Partei ist fast noch eine reine Männerangelegenheit, nur 12 Prozent der Delegierten waren weiblichen Geschlechts. Und sie ist "kopflastig". 61 Prozent der Delegierten hatten eine abgeschlossene Universität- beziehungsweise Hochschulbildung aufzuweisen.

Bulgariens Sozialdemokraten verstehen sich als die natürlichen Anwälte der arbeitenden Menschen. Sie sind für Marktwirtschaft und Privateigentum, aber sie wollen eine soziale Marktwirtschaft durchsetzen. Wie Vorsitzender Dertiev es formulierte: "Wir wollen kein Land, in dem es 1.000 Millionäre und neun Millionen Arme gibt. Leidenschaftlich sein Appell an die Bulgaren, nicht das Land zu verlassen, sondern gemeinsam mit Bauernpartei und Grünen im Rahmen der Union demokratischer Kräfte an die politische und wirtschaftliche Neugestaltung des Landes zu gehen.

Der Zug von Bulgariens Sozialdemokraten fährt eindeutig in Richtung Europa, die Hinwendung zur politischen Kultur Europas ist eine ohne Wenn und Aber. Man hofft dabei auf die Hilfe der Sozialistischen Internationale. Die Grußadresse des Vorsitzenden Willy Brandt, per Video übersandt, wurde mit lebhaftem Beifall bedacht. Viele, viele Einzelgespräche machten deutlich, wie sehr den bulgarischen Sozialdemokraten daran liegt, die jahrzehntelange Isolation zu durchbrechen.

Bulgarien befindet sich im Übergangszustand. Alle Hoffnung setzt die BDSP auf die Parlamentswahlen Mitte dieses Jahres und die dann folgenden Kommunalwahlen. Man hofft, dann das immer noch bestehende Übergewicht der Kommunisten gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien brechen zu können.

Bulgariens Sozialdemokraten gehen noch erhobenen Hauptes in die Zukunft. Sie sind im Land jetzt schon eine politische Kraft, auf die man achten muß. Sie wollen zu der politischen Größe heranwachsen, ohne die demokratische Umformung der Gesellschaft nicht mehr zu bewerkstelligen sein wird.

(-/27. März 1991/rs/fr)

Massaker an Kurden in der Türkei

Zur Notwendigkeit der Entsendung einer Parlamentarier-Delegation

Von Uta Zapf MdB

Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Entsendung einer Parlamentarier-Delegation zur Untersuchung von Berichten über Repressalien gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und über Folter, Verhaftung und Ermordung ist geboten.

Trotz der Verhängung des Ausnahmezustandes und der Sperrung der kurdischen Provinz für ausländische Besucher und Journalisten mehren sich die Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Ausrottung ganzer Dörfer, über Festnahmen und Folter.

Seit die verschiedenen kurdischen Gruppen sich im Widerstand gegen das Saddam-Regime zu organisieren versuchen, hat sich die Situation noch verschärft.

In Simak hat es bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei 20 Tote und über 100 Verletzte gegeben. Selbst die zensierte türkische Presse berichtet von Folgerungen mit Todesfolgen.

Berichte der amerikanischen Presse, wonach kurdische Regionen durch amerikanische Piloten bombardiert worden seien, haben sich bestätigt. Die Amerikaner sind offensichtlich von türkischen Militärs getäuscht worden, so daß sie ihre Bomben nicht auf irakisches, sondern auf kurdisches Gebiet abgeworfen haben.

Der NATO-Partner Türkei nutzt die durch den Golf-Krieg entstandene Lage schamlos aus zur Kriegsführung gegen die eigene ungeliebte kurdische Bevölkerung.

Die Türkei will engere Beziehungen zu ihren westlichen Partnern knüpfen, sie fordert Wirtschafts- und Militärhilfe. Die Bundesrepublik macht sich aber mitschuldig, wenn sie nicht energisch gegen die Menschenrechtsverletzungen, gegen Verfolgung und Ermordung von Kurden in der Türkei protestiert.

Die Einhaltung der Menschenrechte muß Vorbedingung für eine engere Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Türkei sein.

(-/27. März 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Herta Däubler-Gmelin: "Wortbruch und Versagen" von Bundeskanzler Kohl

Am 20. Dezember 1990 konstituierte sich der 12. Deutsche Bundestag. Zum Zustand der Bundesregierung nach den ersten 100 Tagen der neuen Legislaturperiode nahm die stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Herta Däubler-Gmelin am Mittwoch vor der Bundespressekonferenz in Bonn Stellung. Ihr Fazit im Wortlaut:

Das ist die Bilanz der Bundesregierung, 100 Tage nach dem Zusammentreten des 12. Deutschen Bundestags.

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt Ihnen heute eine Dokumentation zum Zustand der Regierung Kohl, drei Monate nach der letzten Wahl, vor.

Schon beim Durchblättern fällt auf, daß die Bundesregierung Kohl bereits nach 100 Tagen Fehlentscheidungen, Versäumnisse und gebrochene Versprechen in so großer Zahl aufgehäuft hat, wie das in der Geschichte der Bundesrepublik bisher ohne Beispiel ist:

Ungeniert hat Bundeskanzler Kohl die Zahl der Minister und Staatssekretäre auf 80 erhöht. Zur Regierungszeit von Helmut Schmidt betrug diese Zahl 61. Das allein bringt jährlich Mehrkosten von circa elf Millionen DM für den Bundeshaushalt in diesem Jahr.

Notwendige und vor den Bundestagswahlen auch versprochene Weichenstellungen und Reformvorhaben jedoch bleiben weiter liegen:

Das gilt für den Wohnungsbau zur Linderung der steigenden Wohnungsnot, unter der immer mehr Familien leiden ebenso wie für die immer wieder versprochene Pflegeversicherung, auf die alte Menschen und ihre Familien seit Jahren hoffen und die auch Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Blüm vor den Wahlen verbindlich versprochen hatten.

Ein Versagen und falsche Weichenstellungen erleben wir auch in der Verkehrspolitik und in der Energiapolitik: Kohl setzt in den Investitionen weiterhin einseitig auf den Ausbau des Straßennetzes, und Möllemann plant zwei neue Kernkraftwerke in den neuen Ländern - das wären die ersten nach Tschernobyl.

Politik für Frauen wird durch die Dreiteilung des schon in der letzten Legislaturperiode schwachen Ministeriums für Jugend, Familien, Frauen und Gesundheit weiter zurückgedrängt, in der

Bedeutung herabgewürdigt und durch Kompetenzgerangel und Bürokratenstreit geschwächt; im sogenannten "Gemeinschaftswerk Ost" kommen Frauen und Frauenpolitik schon gar nicht mehr vor.

Nach der staatlichen Einheit Deutschlands geht es jetzt um die Innere Einheit in Deutschland.

Die Dokumentation der SPD-Bundestagsfraktion zeigt die vier großen Fehler durch die Bundesregierung unter Kanzler Kohl auf, die in den letzten Monaten das Zusammenwachsen in Deutschland erschwert haben:

Die Bundesregierung hat weder die Größe der Herausforderung erkannt, um die es geht, noch die vorhandene Bereitschaft der großen politischen Kräfte in unserem Land zur Zusammenarbeit in dieser Frage ergriffen und gebündelt. Bundeskanzler Kohl hat darüber hinaus die Menschen in Ost und West getäuscht, indem er ihnen vor der Wahl erklärt hat,

- im Osten: Niemandem werde es schlechter gehen als bisher, spätestens im Frühjahr 1991 komme der Aufschwung, und
- im Westen: Niemand werde wegen der Einheit auf etwas verzichten müssen; Steuererhöhungen kämen nicht in Frage.

Bundeskanzler Kohl hat damit nicht nur die vorhandene Solidarität, die Bereitschaft der Deutschen zur Hilfe geschwächt und an den Rand gedrängt und damit den Schwung zum Wiederaufbau gebremst, der zur Bewältigung der großen Herausforderung dringend erforderlich ist. Er hat auch zu verantworten, daß wertvolle Zeit zum Aufbau in den neuen Ländern verplempert wurde.

Die Leittragenden sind die Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder; ihr Vertrauensvorschuß für Kohl ist weg; ihr Vertrauen in Bonn erschüttert; sie haben begründet Angst vor langanhaltender Massenarbeitslosigkeit und auf Dauer schlechteren Chancen im Osten; sie werden zunehmend bitterer.

Das darf nicht sein. Die Menschen in den neuen Ländern brauchen nicht nur schöne Worte, die ihnen Mut machen sollen, diese schwierigen Zeiten durchzustehen. Sie brauchen eine andere Politik. Eine Politik, die endlich, zum Beispiel durch Schaffung der Infrastruktur die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufbau schafft, die Massenarbeitslosigkeit verhindert und die Chancen der Menschen in den neuen Ländern verbessert.

Wir Sozialdemokraten mahnen diese neue Politik seit jeher an. Konkret. Wir haben dies wiederholt im Deutschen Bundestag getan. Und zuletzt durch unseren "Nationalen Aufbauplan", den Björn Engholm und Hans-Jochen Vogel vorgestellt haben. Zusammen mit den Fehlern und Versäumnissen der Bundesregierung dokumentieren wir diese Vorstellungen der Sozialdemokraten.

Wir bedauern, daß die Bundesregierung auch heute noch viel zu sehr nach dem Motto verfährt "Wir haben die Mehrheit, wir brauchen nicht dazuzulernen". Und wir bedauern, daß die Bundesregierung dort, wo sie sich endlich auf unsere Vorschläge zubewegt, dies viel zu wenig mutig und nur im Schneckentempo vollzieht. Das hat der untaugliche Versuch gezeigt, die ungeklärten Vermögens- und Eigentumsfragen endlich zu lösen und damit Hindernisse für Investitionen abzubauen.

Hier sind weitere, viel mutigere Schritte nötig. Die jetzt als "Gemeinschaftswerk Ost" vorgestellten ersten Beschlüsse der Bundesregierung haben zwar eine heroische Bezeichnung erhalten. Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Lage in den neuen Ländern werden sie indes die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen können, ganz abgesehen davon, daß ihre ersten Auswirkungen erst in Monaten spürbar sein werden.

Ich fände es gut, wenn Bundeskanzler Kohl sich umgehend selbst vor Ort mit den Sorgen und Nöten der Menschen in den neuen Bundesländern vertraut machen würde- auch wenn er deshalb seinen Urlaub in Österreich abbrechen müßte. Ich verstehe, daß viele Menschen voll Unverständnis und Enttäuschung den Kopf über seine Entscheidung schüttelein, jetzt nach Österreich in Urlaub zu fahren und nicht in die neuen Länder zu den Menschen mit all' ihren Problemen. Der Bundeskanzler hat sich seit den letzten Bundestagswahlen nicht mehr in den neuen Ländern blicken lassen. Das ist falsch.

Im übrigen fordern wir die Bundesregierung auf, unmittelbar in zwei besonders wichtigen Bereichen jetzt stärkere Prioritäten zu setzen:

Einmal bei der Finanzierung und bei der Organisation von Beschäftigungs- und Qualifikationsmaßnahmen. Das ist nötig. Es ist zu befürchten, daß bis zum Sommer, wenn man Kurzarbeit Null einbezieht, mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos sein werden. Heute sind es schon 787.000 Arbeitslose und 1,9 Millionen Kurzarbeiter. Die jetzt zugestandenen Beschäftigungsmaßnahmen sind im Vergleich dazu ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der zweite Punkt, der jetzt in Angriff genommen werden muß, und zwar konsequent und nachhaltig, ist der Aufbau einer rechtsstaatlichen und leistungsfähigen Verwaltung. Hier muß auch der Bund schneller und konsequenter Hilfe leisten. Die bisherigen finanziellen und auch gesetzlichen Maßnahmen haben es vermocht, von circa 1,5 Millionen westdeutschen Fachbeamten noch nicht einmal 3.500 dazu zu motivieren, Aufbauhilfe in den neuen Ländern zu leisten.

Hier ist die Bundesregierung, hier ist der Bundestag dringend gefordert.

(-/27. März 1991/rs/fr)
